

# Sattler-Zeitung

Nr. 13.

Berlin, den 18. Juni 1909.

23. Jahrg.

Erscheint alle 14 Tage Freitags.  
Bezugspreis: Durch die Post bezogen pro  
Vierteljahr 60 Pfennig.

Verlag und Redaktion:  
Peter Blum, Berlin SO., Adalbertstraße 58.  
Telephon: Amt IV, 2120.

Inserate die 3gehaltene Petit-Zeile 30 Pfg.  
bei Wiederholungen bedeutende Ermäßigung.

**Inhalt:** An unsere Abonnenten. — Streiknotizen. — Bekanntmachung des Vorstandes des Verbandes der Sattler und Portefeuller. — Der Ainderichus als Förderer der Gewerkschaftsbewegung. — Agitation im schlesischen Osten. — Gau Leipzig. — Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1908. — Bericht der Tarifkommission der Metallarbeiter Sattler Deutschlands. — Die Höchstleistungen bei der Straatenverhinderung. — Rundschau. — Korrespondenzen. — Besamtmachungen der Hauptverwaltung. — Berichtung. — Rundschau. — Sterbefälle. — Adressenänderungen. — Anzeigen.

## An unsere Abonnenten!

Unsere verehrten Abonnenten machen wir darauf aufmerksam, daß die „Sattler-Zeitung“ mit dem 18. Juni d. J. ihr Erscheinen einstellt, an deren Stelle die ab 2. Juli in Berlin erscheinende

„Sattler- und Portefeuller-Zeitung“

tritt. Wir ersuchen daher unsere verehrlichen Abonnenten, dies zu berücksichtigen und die baldige Bestellung bei der Post zu veranlassen, wodurch eine rechtzeitige Zustellung ermöglicht wird.

Die „Sattler- und Portefeuller-Zeitung“ erscheint ab 2. Juli 1909 wöchentlich. Das Abonnement, durch die Post bezogen, beträgt 1,20 Mk. pro Quartal.

## Achtung! Kollegen! Achtung!

Die Kollegen werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, bei Arbeitsannahme in anderen Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsverwaltung zu erkundigen.

**Bamberg.** In der Lederwarenfabrik Pantner sind wegen der Zugehörigkeit zur Organisation Differenzen ausgebrochen. Zugang ist fernzuhalten.  
**Berlin.** Die Berliner Motorwagenfabrik zu Reinickendorf, Koloniestraße, ist strengstens zu meiden. Die Firma wünscht alles in „Gelb“.  
**Dresden.** Die Kollegen werden gebeten, Arbeitsangebote der Firma Hasi strikte abzulehnen.

**Galle.** Hier stehen die Kollegen in einer Anzahl von Betrieben im Streik. Zugang ist unter allen Umständen streng fernzuhalten.

## Ausland.

**Graz.** Der Boykott über die Firma Koltschek dauert fort.

**Klagenfurt.** Die Firmen Renner und Knos bleiben nach wie vor gesperrt.

**Prag.** Ueber die Firma Stein u. Freund ist die Sperrung verhängt.

**Budapest** ist für Dreibrütemenarbeiter gesperrt.

## Bekanntmachung des Vorstandes des Verbandes der Sattler u. Portefeuller.

An die Ortsverwaltungen und Mitgliedschaften!

Werte Kollegen! Wenige Tage noch und die Verschmelzung der beiden Verbände ist eine vollendete Tatsache. Laut Beschluß der gemeinschaftlichen Generalversammlung findet die Zusammenlegung der beiden Verbände am 1. Juli statt. Von diesem Tage an besteht nur noch eine Organisation, und diese Tatsache bedeutet

eine ungeheure Umwälzung der bestehenden Verhältnisse. Soweit es nur irgend in der Kraft des Zentralvorstandes gelegen hat, ist dieser Situation Rechnung getragen worden und liegt es nun an den örtlichen Verwaltungsstellen, diese Arbeit zu vollenden. An die Funktionäre werden große Anforderungen in den nächsten Tagen gestellt, jedoch sind diese Arbeiten nicht unüberwindlich. In folgendem wollen wir eine kurze Anleitung geben, welche die Funktionäre unterstützen soll.

Zunächst verweisen wir nochmals auf die Adressenveränderung der Zentralleitung.

Ab Ende Juni befindet sich das Verbandsbureau

Berlin SO. 16, Brückenstr. 10b.

Alle für den Vorstand bestimmte Sendungen sind zu richten an die Adresse

P. Blum, Berlin SO. 16, Brückenstraße 10b.

Sämtliche Sendungen für den Kassierer sind zu richten an die Adresse: Alfred Riedel, Berlin SO. 16, Brückenstr. 10b.

Die Redaktion und Expedition der „Sattler- und Portefeuller-Zeitung“ befindet sich ab Ende Juni gleichfalls

Berlin SO. 16, Brückenstraße 10b.

Alle für die Zeitung bestimmten Einsendungen sind zu richten an die Adresse

Fritz Müntner, Berlin SO. 16, Brückenstraße 10b.

Der Redaktionschluß ist Sonnabends. Bestellungen auf die jeweilige Anzahl der Zeitungen können für die laufende Nummer nur bis Dienstag vormittag berücksichtigt werden.

Die Sitzungen des Zentralvorstandes finden in der Regel Mittwochs statt. Einsendungen, welche nur durch Vorstandsbeschluß erledigt werden können, müssen spätestens bis Dienstag abend in den Händen des Vorsitzenden sein.

Der

## Beitrag

beträgt ab 1. Juli für männliche Mitglieder 50 Pf., für weibliche Mitglieder 25 Pf. pro Woche. Beitragsreste, die erst nach dem 15. Juli gezahlt werden, sind mit 50 Pf. bzw. 25 Pf. zu bezahlen. Die Mitglieder werden daher in ihrem eigenen Interesse dringend gebeten, die bis zum 1. Juli fälligen Beiträge noch vor dem oben genannten Endtermin zu entrichten.

Während der Dauer der Erwerbslosigkeit dürfen vom 1. Juli ab Beiträge nicht mehr entrichtet werden. Streifende und Gemahregelle, welche Unterstützung beziehen, müssen Beiträge bezahlen.

Die

## Einzelmitglieder

haben sich ab 1. Juli nicht mehr bei der Hauptverwaltung, sondern beim Kassierer der nächstgelegenen Verwaltungsstelle anzumelden. Von dort erhalten dieselben auch die Zeitung. Dorthin sind zukünftig auch die Beiträge zu entrichten. Einzelmitglieder sind nicht verpflichtet die Lokalzuschläge der betr. Verwaltungsstelle zu entrichten. Die zurzeit bei der Hauptverwaltung gemeldeten Einzelmitglieder werden, sowie

der Beitrag bis 1. Juli voll entrichtet ist, den zuständigen Ortsverwaltungen überwiesen. Bis 15. Juli müssen die rückständigen Beiträge entrichtet sein. Die Wiederbez. Karten der Einzelmitglieder bleiben in Händen der Ortsverwaltungen. Ueber den Ort der Ueberweisung erhalten die Einzelmitglieder besondere Nachricht.

Am 1. Juli erhält jedes Mitglied ein neues Statut, für das alte Mitgliedsbuch wird ein neues ausgestellt. Die alten Mitgliedskarten behalten jedoch ihre Gültigkeit bis 52 Beiträge gezahlt sind.

Reisende Mitglieder erhalten ihr neues Buch in der ersten Verwaltungsstelle, die sie berühren.

Reisende Ausländer erhalten für die Dauer der Reise eine Legitimationskarte, das ausländische Mitgliedsbuch wird eingezogen.

Die

## Auszahlung der Unterstützungen

erfolgt ab 1. Juli nach den Sätzen des neuen Statuts. Für alle Unterstützungsfälle, also auch für diejenigen, die schon vor dem 1. Juli begonnen hatten, treten am 1. Juli die Bestimmungen des neuen Statuts in Kraft und zwar in bezug auf die Karenzzeit sowohl wie die Tagessätze und den zu erhebenden Gesamtbetrag. Eine Ausnahme hiervon machen laut Beschluß der Generalversammlung nur diejenigen Mitglieder, welche vor dem 1. Juli d. J. eingetreten sind, dieselben haben nach einjähriger Mitgliedschaft einen Anspruch auf 42 Mk. und nicht nur auf 30 Mk. Unterstützung. Der Unterstützungsatz von 30 Mk. tritt also frühestens am 1. Juli 1910 in Kraft. Die Arbeitslosenunterstützung beginnt mit dem vierten Arbeitstage, die Krankenunterstützung mit dem siebenten Tage nach dem Eintritt der Erwerbslosigkeit.

Die Bestätigung der Wahlen der unbesoldeten Gauleiter sowie das Resultat über die demnächst erfolgenden Wahlen der besoldeten Gauleiter für Götting und Stuttgart werden in der Nr. 14 der „Sattler- u. Portefeuller-Zeitung“ erfolgen bzw. veröffentlicht werden.

Desgleichen wird zu dieser Zeit die Liste derjenigen Verwaltungsstellen bekanntgegeben, die beschloffen haben, Lokalbeiträge zu erheben. Verwaltungen, die sich bisher noch nicht mit dieser Angelegenheit befaßt haben, es aber zu tun beabsichtigen, werden gebeten, dieses zu beschleunigen und uns das genaue Abstimmungsergebnis unverzüglich zuzustellen.

Mit dem 23. Juni beginnt der Versand des neuen Verwaltungsmaterials und der Protokolle. Wir bitten die Verwaltungen, falls bei einer Sendung das eine oder das andere fehlen sollte, um sofortige Benachrichtigung.

An alle unsere Funktionäre und Mitglieder richten wir zum Schluß die Bitte, mit Umsicht und Energie die selbstgeschaffenen neuen Gesetze zur Durchführung bringen zu helfen, im Interesse der Organisation, im Interesse und zum Wohle unserer Mitglieder. Hoch die Organisation.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand des Verbandes der Sattler und Portefeuller.

P. Blum.

### Der Kinderschutz als Förderer der Gewerkschaftsbewegung.

Natürlich ist es nicht der Hauptzweck des Kinderschutzes, die Gewerkschaftsbewegung zu fördern, vor allem ist er nicht deswegen im Parlament gefordert worden, sondern im Interesse der Lohnarbeitenden Kinder. Aber in seiner Wirksamkeit, in seinen Konsequenzen wird er zu einem vorwärtstreibenden Faktor für die Gewerkschaftsbewegung.

Erstlich genug: Der Kinderschutz, seine Durchführung vorausgesetzt, hebt der Ausbeutung eine feste Grenze und schafft damit der körperlichen und geistigen Entwicklungsmöglichkeit der Kinder einen größeren Spielraum. Weil der körperlichen Degeneration und intellektuellen Verödung, soweit sie wurzeln in der kindlichen Erwerbsarbeit, somit eine feste Schwelle errichtet ist, steht in weit höherem Maße zu erwarten, daß die Proletarierkinder zu gesunden, aufgeweckten Menschen heranwachsen.

Solcher Menschen aber bedarf die Gewerkschaftsbewegung bei ihrem Kampf um ein Empor in wirtschaftlicher und politischer Beziehung. Die Erziehung hat längst gelehrt, daß körperlich gesunde und geistig rege Menschen stets dauernder und schneller für die Gewerkschaftsbewegung gewonnen werden, denn sie haben mehr Mut und Tatkraft, mehr Energie und Vorgehensfähigkeit als körperlich schwache und geistig stumme und apathische Menschen. Der Kinderschutz, der Körper- und Geisteskräfte der zukünftigen Vollarbeiter vor der Schädigung und Verödung bewahrt, wird ihre Leistungsfähigkeit im Produktionsprozeß sowie ihre Leistungsfähigkeit in der Arbeiterbewegung erhöhen.

Proletarierkinder, die Tag für Tag gezwungen sind, den Dreimühlengang der Erwerbsarbeit zu gehen, während ihre besserstimmten Altersgenossen sich dem frohen Jugendspiel widmen, werden zudem nur zu leicht die Arbeit fürchten, hassen und verachten lernen, was eine schwere Schädigung ihrer Charakterentwicklung bedeutet.

Zu weit wir den hohen pädagogischen Wert der Arbeit anerkennen, weil wir nimmer die Arbeit als Erziehungsmittel entdecken können, müssen wir mit demselben Nachdruck für die Vereinfachung der Kindererwerbsarbeit eintreten, mit dem wie die Einföhrung des Handfertigkeitsunterrichts an den Schulplan fordern.

Durch eine planmäßige Erziehung zur Arbeit und durch die Arbeit wird der im Kinde schlummernde Tätigkeitsdrang geweckt und entwickelt. Das Kind lernt selbständig beobachten, denken, urteilen und handeln, es entwickelt die Geschicklichkeit seiner Finger und die Stärke seiner Muskeln; hat es einen Gegenstand fertiggestellt, so fühlt es sich als Schöpfer und lernt den Wert, die Ehre und die Würde der Arbeit kennen.

Aber nur wer den Wert und die Würde der Arbeit anerkennt, wird den Lohn des Arbeiters empfinden und das Recht auf anständige Bezahlung beanspruchen. Ja mehr noch: Nur wer so fühlt, wird die Pflicht der Arbeitenden anerkennen, sich dafür für eine gute Bezahlung der Arbeit zu kämpfen.

Was also die Erziehung zur Arbeit und durch die Arbeit an Arbeitertugenden beim Kinde entwickelt, das zerstört dagegen die Erwerbsarbeit, die der Qualität nach den Kindern meistens nicht behagt, der Quantität nach ihre Kräfte überreizt.

Doch noch in anderer Weise als in der geschichtlichen Forderung der Kinderschutz, der Kampf gegen die Kindererwerbsarbeit die Gewerkschaftsbewegung: kindliche Arbeiter sind immer Lohn-drücker! Nur ihrer Willigkeit halber ist die Nachfrage nach kindlichen Arbeitskräften so groß.

Hinzu kommt ferner, daß in den Berufen, wo die Ausnutzung der kindlichen Arbeitskraft allgem ein üblich ist, wie z. B. bei der Zeitungsfabrikation, in der Hausindustrie, bei den verschiedensten Vorkonsumgängen, die Unternehmer bei der Festsetzung der Löhne die Willkür der Kinder von vornherein mit in Kalkulation stellen und die Löhne der Erwachsenen um so niedriger normieren. Wird die Kinderarbeit nun aber generell ausgeschlossen, so sind die kleinen Lohn-drücker beseitigt.

Wesentlich ist damit für die einzelne Arbeiterfamilie aber auch die Einnahme, die aus der kindlichen Arbeitskraft erzielt wird. Die Erhöhung des Einkommens kann dann nur erfolgen durch die Macht der Organisation, durch die wirtschaftlichen Kämpfe.

Gibt es nur diesen Weg, wird er auch um so eher beschritten werden.

Wo an den einzelnen Orten, z. B. bei der Zeitungsfabrikation, so verfahren wurde, daß an

Stelle der Kinderarbeit der feste gewerkschaftliche Zusammenhalt der Erwerbslosen trat, da ergab sich die Möglichkeit ohne Kinderhilfe bald einen höheren Lohn als vorher mit derselben. Beim Protankrieg machten die Protankriegler bald dieselben Erfahrungen, was die Herren Vorkriegler auf einem ihrer letzten Anningstage veranlaßte, Strafen zu lauten gegen das Kinderschutzgesetz.

In der Hausindustrie würden die Folgen sich sicher in derselben Weise zeigen, wenn auch nicht gleich in demselben Umfange.

Können wir das Gesagte zusammen, so ergibt sich das folgende:

Der Kinderschutz erhält den Kindern die Sorglosigkeit und den Frohsinn der Jugend, indem er sie von der Ausbeutung befreit; er sichert ihnen ferner in höherem Maße als sonst die Entwicklungsmöglichkeit des Körpers, ihrer geistigen Kräfte, ihrer Talente und Eigenschaften und fördert damit, sowie nur der Vereinfachung des kindlichen Lohnverdienstes, in eminentester Weise die Ausbreitungsmöglichkeit der gewerkschaftlichen Idee und der gewerkschaftlichen Organisation.

Ein wirksamer Kinderschutz liegt also im Interesse der Gewerkschaftsbewegung. Leider bleibt das geltende Recht weit hinter unseren Forderungen zurück. Einmal sind die Kinder in der Landwirtschaft und bei häuslichen Diensten ganz unberücksichtigt geblieben, dann aber ist der geltende Schutz für Kinder in gewerblichen Betrieben, Werkstätten, Hausindustrie, Vorkonsumgängen usw. vollkommen unzureichend. Statt alle Erwerbsarbeit der Kinder zu verbieten, unternimmt solange sie schulpflichtig sind, ist sie außer in Fabriken -- vom 12. bezw. 10. Lebensjahre ab gestattet auf Grund des Kinderschutzgesetzes.

Die Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes, so verbesserungsbedürftig sie auch sind, bilden aber immerhin eine Grundlage, von der aus der Kampf um gänzliche Befreiung der Kindererwerbsarbeit geführt werden kann, heute steht der Kinderschutz leider fast nur auf dem Papier.

Die Kräfte, die zur Hebung des Gesetzes eingesetzt sind: Polizei, Gewerbeinspektion, eventuell die Lehrer, reichen bei weitem nicht aus. Hier, wo bei der Hebung aller zum Schutze der Arbeiterklasse erlassenen Gesetze bedarf es der tätigen Mithilfe der organisierten Arbeiterschaft. Diese Hilfe kann beim Kinderschutz eine doppelte sein. Sie kann darin bestehen, daß die Organisationsarbeit ihren Mitgliedern das soziale Empfinden und Versehen wecken und kräftigen, damit sie die Schädlichkeit der Kindererwerbsarbeit erkennen und an ihrer Vereinfachung mitarbeiten. Sie kann und muß aber auch darin bestehen, daß Heberrettungen des geltenden Rechtes festgesetzt und ihre Wiederholung verhindert wird.

In diesem Zwecke sind in einer Reihe von Orten Kinderschutzkommissionen gebildet, die zum Teil schon eine recht segensreiche Tätigkeit aufzuweisen haben. Nach vorläufiger Behandlung einzelner Kindererwerbsfälle sind auch darüber Fortsetzung werden jetzt überholt, wo nun irgend die Kräfte vorhanden sind, gleichfalls solche Kommissionen gebildet werden von Männern und Frauen, die innerhalb der Arbeiterbewegung sich das nötige Verständnis für diese Tätigkeit erworben haben. Wo immer solche Kommissionen bestehen oder gebildet werden, da gilt es, sie bei ihrer Wirksamkeit helfen zu unterstützen, den Kindern zum Schutze, den Unternehmern zum Trutz.

Für Aufklärung unserer Kollegen und Kolleginnen fügen wir die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes bei.

#### Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes über die Beschäftigung eigener und fremder Kinder.

Für die Beschäftigung von schulpflichtigen Kindern in der Hausindustrie (Heimarbeit) im Betriebe von Werkstätten, im Handelsgewerbe und in Verkehrsgewerben, in Gast- und Schankwirtschaften sowie als Vorkonsumgänger gelten folgende Vorschriften: Fremde Kinder unter 12 Jahre dürfen nicht beschäftigt werden. (§ 5 Abs. 1.)

Eigene Kinder unter 10 Jahren dürfen nicht beschäftigt werden. (§ 13.)

Eigene Kinder unter 12 Jahren dürfen in der Wohnung oder Werkstätte einer Person für Dritte nicht beschäftigt werden. (§ 13.)

Fremde oder eigene Kinder dürfen nicht vor 8 Uhr früh und nicht nach 8 Uhr abends beschäftigt werden. (§§ 5 und 13.)

Vor dem Vormittagsunterricht dürfen Kinder überhaupt nicht beschäftigt werden. (§§ 5 und 13.)

Nachmittags darf die Beschäftigung erst eine Stunde nach Beendigung des Unterrichts beginnen. (§§ 5 und 13.)

Die Beschäftigung darf nicht länger als 3 Stunden und in den Ferien nicht länger als 4 Stunden täglich dauern. (§§ 5 und 13.)

Den Kindern nach einer zweitägigen Mittagspause gewährt werden. (§§ 5 und 13.)

An Sonn- und Feiertagen dürfen eigene wie fremde Kinder nicht beschäftigt werden in Werkstätten sowie im Handelsgewerbe und im Verkehrsgewerbe. (§§ 9 und 13.)

Fremde Kinder unter 12 Jahren dürfen als Vorkonsumgänger, beim Brot-, Getreide-, Milch- und Fleischhandel, nicht beschäftigt werden, und über 12 Jahre alte fremde Kinder dürfen Sonn- und Feiertagen von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags nur 2 Stunden arbeiten, wobei die Zeit des wöchentlichen freibleiben muß. (§§ 9 und 13.)

In Gast- und Schankwirtschaften darf kein Kind unter 12 Jahren beschäftigt werden, schulpflichtige Mädchen über 12 Jahre, fremde wie eigene, dürfen keine Verwendung zum Bedienen der Gäste finden. (§§ 7 und 13.)

In Orten unter 20000 Einwohnern ist für kleinere Werkstätten Dispensation von allen diesen Vorschriften zulässig, soweit es sich um eigene Kinder handelt.

Werkstätten im Sinne dieses Gesetzes sind auch Zechen- und Bohrräume sowie Minen, wenn darin gewerbliche Arbeit verrichtet wird.

Die Beschäftigung fremder Kinder ist nur gestattet, wenn der Arbeitgeber für jedes Kind eine von der Kreispolizeibehörde ausgestellte Arbeitskarte besitzt. (§ 11.)

### Agitation im schlesischen Osten.

Eine der Hauptdirektoren der Kölner Generalversammlung behauptet darin, die noch schwach organisierten Gebiete des Reiches einer planmäßigen Agitation zu unterziehen. Zu diesen rückständigen Gebieten gehören nun eine große Anzahl zum Teil industriereicher Provinzialstädte Schlesiens, in denen es bis jetzt aus gewissen Gründen nicht möglich war, die Kollegen persönlich von der Notwendigkeit einer höheren Lebenshaltung zu überzeugen. Wenn nun am Schlusse der tätigen Tour in Niederschlesien über die dortigen Kollegen, resp. deren Lohn- und Arbeitsverhältnisse einiges der Öffentlichkeit unterbreitet wird, so kann man nur die Anfänge schätzen, am später durch eine systematische Agitationsmethode zu den gewünschten Erfolgen zu gelangen.

Nicht unerwähnt kann bleiben, daß die Gewerkschaftsarbeit, zu die sich nun so ein Agitator vorber schriftlich neudet, um Unterstützung zu gewinnen, vollständig verfallen. Es sind nur noch wenige, die Verursacher ihrer eigenen Misere, über deren Wohlfahrt sie nachdenken, aber an die Möglichkeit des Zusammenkommens einer kleinen Gewerkschaft hat man noch nicht gedacht. Hierin ist infolgedessen eine Wendung eingetreten, und es muß behauptet werden, daß nun einzelne Gemeinden gefunden haben, deren Mitarbeit ein Verbandsmitglied in einzelnen Städten nachsucht. Eine der Hauptaufgaben der Gewerkschaften, ihre Leute vor der kindlichen Aufzucht zu schützen, besteht in der Gewährung des Lohns und der Kost. 56 Proz. der Verursacher, horigen in den 9 Städten erreichen sich noch dieser mittelalterlichen Erziehungsform.

In Schweidnitz, einer Stadt mit 35000 Einwohnern, sind 14 bis 16 Kollegen vorhanden, welche meistens in Ost und West sind und zum Teil dem katholischen Gesellenverein angehören.

Die anderen haben nach 11stündiger Arbeitszeit immer noch Mühe genug, genügende Verursachenerbeit zu verrichten, um ihren 12 bis 15 Mk. betragenden Lohn etwas zu steigern. Aufnahmen fanden nicht statt, doch wird mit Hilfe des Kartells und Adressenmaterials weiteres versucht werden. Das über Schlesiens Grenzen hinaus bekannte Striegau erfreut sich einer größeren Industrie. Hier ist die weitbekannte Taschentuchfabrikation. Inhaber Riesenart. Derselbe beschäftigt gegen 70 Leute, darunter gegen 20 auf Heimarbeit. Gelehrte Verursachener kommen 12 bis 15 in Frage, außer 6 bis 8 Kollegen der Kleinrentner. -- Nach dem gesammelten Material bei der Hausagitation unter den Heimarbeitern, kann man unter Gewähr noch als Eldorado gegen Striegau bezeichnen. -- Es ist einfach unerhörl, wenn sich nur ein Teil dessen behauptet, was man hier zu hören bekommen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. --

Es liegt nun an den Kollegen selbst, ihr Versprechen einzulösen und die Verfestigung ihrer Verursachenerhältnisse in die eigenen Hände zu nehmen, zumal die Grundlage für eine Initiative durch den Fabrikarbeiterverband bereits geschaffen ist, indem ein Teil der Kollegen darin organisiert ist. Es sind bereits Unterhandlungen im Gange, wonach diese Verursachener zu uns überreten, da doch nur durch unsere Organisation die beruflichen Interessen in dieser Fabrik mit Nachdruck gehoben werden können.

Zu Jauer, dem Hauptort der schlesischen Wagenindustrie, gelang es nach vieler Mühe, etwas Boden zu gewinnen. Drei große Wagenfabriken

sind hier ausblaggebend; es arbeiten außerdem noch einige Kollegen in kleineren Wagen- und Geschirrbetrieben, Charakteristisch für die Leistung...

Nicht viel besser sieht es in der Regierungstadt Viegnitz. Hier sind von ungefähr 35 Kollegen 30 organisationsfähig. In Kost und Logis sind etwa die Hälfte; größtenteils sind die Kollegen in der Wagen-, Peitschen- und Spielwarenfabrikation tätig.

In Bunzlau und Lauban ist die Möglichkeit, eine Zentrale zu gründen, nicht vorhanden; hier kommt nur der Kleinbetrieb in Frage und sind hier durchschnittlich 10 bis 12 Kollegen im Köcheltal beschäftigt.

Anders in es in Greiffenberg, einem kleinen Städtchen in der Nähe von Hirschberg. Durch Zufall war es möglich, hier einen ehemaligen Verbandskollegen zu finden, welcher doppelt organisiert ist.

In Hirschberg ist es mit der Organisationsmöglichkeit nicht weit her. Eine kleine Anzahl von Kost- und Logisgehilfen kommt in Frage. Desto mehr sind hier Tapeziererlehrlinge vorhanden.

In Waldenburg wurden 2 Aufnahmen gemacht, doch ist es hier bei dem ausgedehnten Gebiet sehr schwer, Arbeitsmaterial zu bekommen, da die Kollegen unter sich auch nicht die geringste Fühlung haben.

Gau Leipzig.

Hiermit geben wir den letzten Bericht im alten Verband. Eine neue Organisation ist geplant, welche am 1. Juli ins Leben tritt. Die letzten Schritten wird die wirtschaftliche Krisis auf unseren Beruf.

Das Leben im Gau war auch in diesem Halbjahr ein reges. Auf den Tarifvertrag der Militärsattler wollen wir hier nicht näher eingehen, da darüber ausführlich berichtet wurde.

In Zwickau wurde eine Versammlung abgehalten, bei dieser wurden 4 Aufnahmen gemacht. Anschließend an diese wurde eine Bezirksversammlung in Auerbach abgehalten und eine Sitzung in Reichenbach i. V.

inattversammlung der Waggonfabrik von Lindner in Annaberg bei Halle wurde vom Kollegen Steiner abgehalten. Differenzen in Zeit machten die Anwesenheit von Steiner nochmals notwendig, da der Gauleiter zu der Zeit in Posen war.

In Wolda sprach der Gauleiter über die Anträge zu der Generalversammlung in Köln. Hausbesuche mit darauffolgender Versammlung, in welcher der Gauleiter einen Vortrag hielt, wurden in Jena ausgeführt. Eine Hausagitation wurde in Erfurt vorgenommen. In Gotha ebenfalls. Bei dem Streik in der Waggonfabrik sind die Sattler zu Verrätern geworden; mit diesem Makel behaftet, sind sie für uns nicht aufnahmefähig.

In Dresden wurde eine Versammlung abgehalten, bei der Firma Stahl, von Kienast i. S., brachte 3 Aufnahmen. Eine Sitzung in Reuthausen wurde in Reitz abgehalten. Die Kollegen in Reitz gründeten eine Zahlstelle und traten in der Zahl von 8 Mann nach einem Vortrag des Gauleiters dem Verbande bei.

In Göhrz fand eine Versammlung statt. In dieser referierte der Gauleiter über: Zweck und Nutzen der Organisation. Bei der Firma Schubmann in Leipzig wurde vom Unterzeichneten ein Tarifvertrag abgeschlossen. Ueber die wirtschaftliche Krisis wurde in einer Fabrikversammlung der Firma Wädler ein Vortrag gehalten.

Rassenbericht vom 1. Oktober 1908 bis 31. März 1909.

Table with 2 columns: Item description and Amount. Includes Cinnahmen: 745,54 M., and Gesamteinnahmen: 1319,54 M.

Table titled 'Ausgaben:' listing various expenses like 'für Wadspapier', 'Tour nach Zwickau', etc., with corresponding amounts in M.

Table titled 'Bilanz:' showing 'Einnahmen' (1319,54 M.), 'Ausgaben' (497,80 M.), and 'Bestand am 1. April 1909' (821,75 M.).

Bekanntmachung.

Auf Sonntag, den 1. August, berufen wir eine Gaukonferenz an. Dieselbe findet in Leipzig im Volkshaus, Reiter Straße 32, statt und beginnt vormittags 9 1/2 Uhr.

- 1. Geschäftsbericht der Gauleitung.
2. Bericht der Filialen.
3. Die Einrichtung eines Zentralarbeitsnachweises im Gau.
4. Auserer Aufgaben in nächster Zeit.
5. Verschiedenes.

Sämtliche Filialen, die nach dem 1. Juli 1909 zum Gau gehören, haben die Pflicht, einen Delegierten zu entsenden. Filialen mit über 100 Mitgliedern können durch zwei Delegierte vertreten sein.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1908.

Die Ausgaben der Kartelle werden hauptsächlich gedeckt durch feste Beiträge, die von den angeschlossenen Gewerkschaften erhoben und in der Regel pro Mitglied berechnet werden. Daneben bestehen noch als Einnahmequellen Ueberschüsse aus Veranstaltungen und Unternehmungen.

höchste Betrag beträgt 3 Mk. und wird von einem Kartell erhoben. Die Vertragsleistung hat sich wieder stark nach aufwärts bewegt. Die Zahl der Kartelle, die einen Betrag von höchstens 20 Mk. erheben, ist seit 1907 von 193 Proz. auf 168 Proz. zurückgegangen; die Durchschnittsvertragsleistung in von 56,2 Pf. auf 99,7 Pf. gestiegen.

Heber Einnahmen und Ausgaben der Kartelle liegen aus 580 Orten Angaben vor. Diese 580 Kartelle hatten insgesamt Einnahmen: an Beiträgen 610.416 Mk., an Streckensammlungen 9997 Mk., an sonstigen Einnahmen aus den Heberbüchern von Versammlungen und Unternehmungen, Sammlungen, Schriftenbetrieb usw. 275.856 Mk. Die Gesamteinnahme betrug 886.271 Mk. Dieser Gesamtsumme steht eine Ausgabe von 883.158 Mk. gegenüber.

Streckt man Einnahme und Ausgabe für Strecken außer Rechnung, so ergibt sich für das Jahr 1908 gegenüber dem Jahre 1907 eine Vermehrung der Gesamteinnahmen um 101.657 Mk. und eine Erhöhung der Gesamtsumme um 186.177 Mk.

Die Kassenbestände der 580 Kartelle betragen am Schluss des Jahres 1907 471.770 Mk. und am Schluss des Jahres 1908 484.908 Mk. Es ist demnach eine Vermehrung der Kassenbestände von 13.138 Mk. eingetreten.

Bei der Verteilung der Ausgaben auf die einzelnen Kosten (ohne Strecken) für die Jahre 1907 und 1908 ergibt sich folgendes Bild:

Es verausgabten für	1907		1908	
	Stärke	Mk.	Stärke	Mk.
Agitation	447	65.081	484	84.427
Arbeitervertreterwahlen	218	29.082	240	29.322
Statistische Erhebungen	58	5.441	54	7.007
Verbergen und Arbeitsnachweis	60	12.615	78	14.789
Gewerlichkeitsämter und Versammlungsjale	74	72.652	90	82.086
Ausfunterteilung, Bibliothek und Lesesäle	303	218.069	449	239.401
Verwaltung: Gehälter, Miete, Verwaltungsmaterial, Inzerate usw.	465	134.428	522	189.058
Sonstige Ausgaben	492	150.713	547	228.516
Summa	—	683.081	—	809.558

Die Ausgaben sind bei allen Positionen, und zum Teil recht erheblich gestiegen. Unter den Ausgabenposten für Verwaltung sind von einer ganzen Anzahl Kartelle auch Kosten für Ausfunterteilung verrechnet worden. Wie hoch die dafür ausgegebenen Summen unter diesem Ausgabenposten sind, läßt sich aus den Kassenberichten nicht feststellen.

Die Einnahmen und Ausgaben für Unterhaltung von Strecken und Ausperrungen sind gegenüber dem Jahre 1907 stark zurückgegangen. Es leuchtet zu diesem Zweck 102.440 Mk. weniger verausgabte und 101.629 Mk. weniger eingingen. Die größeren Summen des Jahres 1907 sind in erster Linie darauf zurückzuführen, daß von der General-Kommission im gleichen Jahre in sechs Fällen Aufträge zur Sammlung von Geldern zur Unterstützung streikender Gewerkschaften des In- und Auslandes ergingen, während solche für das Jahr 1908 unterblieben. Dadurch hat sich die Unterstützungssumme, die von den Kartellen für ausländische Strecken abgeführt wurde, um 82.045 Mk. verringert. Bei der Verringerung der Ausgaben für Strecken am Ort seitens der Kartelle mag zunächst die ungünstige wirtschaftliche Konjunktur von Einfluß gewesen sein, die naturgemäß die Zahl der Angriffsbewegungen der Arbeiterchaft zurücktreten läßt. Aber auch die immer mehr sich steigende finanzielle Leistungsfähigkeit der Zentralverbände, die sich auch auf die Zweigvereine erstreckt, bildet ein wesentliches Moment für das Zurücktreten der Unterstützungen bei Strecken durch die Kartelle. Dies kann als ein erfreulicher Entwicklungsgang der deutschen Gewerkschaften angesehen werden.

Wenn wir uns in jedem Jahr auf Grund von gut durchgeführten statistischen Erhebungen mit der Entwicklung der Kartelle der freien Gewerkschaften beschäftigen, so erweist es sich auch angedeutet, ähnliche Einrichtungen der gegnerischen Gewerkschaften aufmerksam zu verfolgen. Die für uns dabei in Frage kommenden Organisationen: die Christlich-Sozialen Gewerkschaften und die christlichen Gewerkschaften, haben es bis jetzt vorgezogen, sich über die Zahl und Stärke ihrer Ortsgruppen auszusprechen. Die Angaben, die wir darüber zu machen vermögen, verdanken wir den Informationen unserer Kartellfunktionäre. Sie können nicht als vollständig angesehen werden, weil sie nur gemacht sind für die Orte, in denen Kartelle der freien Gewerkschaften bestehen und es selbst dort schwierig hält, von den gegnerischen Gewerkschaften zuverlässiges Zahlenmaterial zu erhalten.

Nach den uns gemachten Angaben bestanden: In 153 Orten (1907: 161) Ortsverbände der Christlich-Sozialen Gewerkschaften, denen 606 (1907: 542)

Ortsverbände angegeschlossen sind. In 135 Orten (1907: 121) waren Kartelle der christlichen Gewerkschaften vorhanden, denen 601 (1907: 551) Zweigvereine angeschlossen. In 20 Orten bestanden Christlich-Sozialen Arbeitervereine und Nebenvereine, und in 94 Orten befinden sich christliche Sekretariate oder Volksbüros.

Bei der Unvollständigkeit des Materials lassen sich aus den für die Jahre 1907 und 1908 gegebenen Zahlen bestimmte Schlussfolgerungen über die Entwicklung der gegnerischen Kartelle nicht ziehen. Unsere Kartelle werden aber auf dem dort, wo sie mit gegnerischen Kartellen zu rechnen haben, alle Kräfte anzuwenden, um die Ausdehnung der freien Gewerkschaften zu fördern und damit die vollständige Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung herbeizuführen.

Wie die früheren Statistiken der Kartelle der freien Gewerkschaften, so gewährt uns auch die des Jahres 1908 einen guten Einblick in ein reiches, vielfachstelliges Bild gewerkschaftlicher Tätigkeiten. Die steigende Entwicklung der Kartelle, besonders aber die eingetretene Vermehrung derselben seit dem Jahre 1907, kann wir als ein Zeichen dafür gelten, daß die Fortschritte der Gewerkschaftsbewegung selbst nicht in einer Periode der drückendsten wirtschaftlichen Not gelandet werden können. Ja, solche Zeiten erscheinen sogar geeignet, den festeren Zusammenhalt der Gewerkschaftsmitglieder zu fördern. Und dieses Moment wird wieder dazu beitragen, einen kräftigen numerischen Anstieg der freien Gewerkschaften herbeizuführen, sobald mit einer günstigeren wirtschaftlichen Konjunktur eine größere Bewegungsfreiheit der Arbeiter eintritt.

Kögen die Gewerkschaftskartelle sich stets der hohen Aufgaben, die sie im Interesse der deutschen Arbeiterbewegung zu erfüllen haben, bewußt bleiben. Kögen die Kartelle auch fernerhin besonders bemüht sein, nach besten Kräften mitzuarbeiten an der Ausdehnung der freien Gewerkschaften und der Vertiefung des Massenbewusstseins bei der deutschen Arbeiterchaft.

### Bericht der Tarifkommission der Reisartikler-Sattler Deutschlands.

Die Neuwahl der Tarifkommission erfolgte im August 1908. Selbige bestand erst aus drei Mitgliedern, wurde jedoch bald um zwei Mitglieder verstärkt. Nach Übernahme der Geschäfte fand eine Regelung der Tätigkeiten der einzelnen kommissionenmitglieder statt. In erster Sitzung wurde zunächst die einschlägigste Taktik sowie über die Ziele der Kommission diskutiert. Nach reichlich gegenseitiger Aussprache kam man zu dem Schluß, daß die Hauptaufgabe der Kommission die sei, danach zu streben: für die Gesamtheit einheitliche Arbeitszeit, bestimmte Mindestlöhne, und wenn möglich, Grundpreise für bestimmte Artikel, welche im Accord angesetzt werden, zur Durchführung zu bringen. Um dem gezielten Ziele näher zu kommen, begann die Tätigkeit der Kommission mit Abhaltung von Sitzungen, Veranstaltung von Erhebungen zur Ermittlung der Lohn- und Mindestbedingungen, Sammlung von einschlägigen Material zu Lohnbedingungen, Hebermittlung von Akkordpreisen bestimmter Artikel, Anstellung von Vergleichern in Akkordarbeiten, Klärung und Einleitung zu Tarifbewegungen usw.

Die Kommission gab sich in erster Linie selbst ein Regulator, welches gleichzeitig Zweck und Ziel sowie Charakter der Zentraltarifkommission gegenüber den Untertarifkommissionen und deren Pflichten in klarer Weise zum Ausdruck bringen sollte.

Die Kommission erstreckte in der Sachfrage einen Aufruf, in welchem das Programm entziffert und gleichzeitig die Aufforderung an die Verwirklichung gestellt wurde. Untertarifkommissionen zu wählen. Gleichzeitig wurde ein Anschreiben, in welchem nochmals auf die Bahnen der Untertarifkommissionen hingewiesen wurde, an alle Verwaltungsstellen des Reiches versandt. Diesem Anschreiben war der erste Fragebogen beigelegt, welcher uns in der Hauptfrage zuerst die Adressen der Kommissionen bringen sollte. Von 60 versendeten Formularen erhielten wir fast ebensoviel Antworten zurück, und es war möglich, in circa 25 Orten die ersten Verbindungen herzustellen. In diese so gewonnenen Orte wandte sich die Kommission zunächst wieder mit einem Fragebogen, welcher Aufschluß bringen sollte über Berufsart- sowie Organisationsverhältnisse sowie über die Zahl der in den einzelnen Branchen beschäftigten Personen. Das Resultat war befriedigend zu nennen. Eine von den aufgestellten Fragen des eben angeführten Fragebogens war die: „Wie stellen sich die Kollegen zur Einführung einer Lohnstatistik?“ Diese Frage wurde fast durchweg im Prinzip zustimmend beantwortet.

Der Zentraltarifkommission fiel nunmehr die Aufgabe zu, einen entsprechenden Entwurf fertig zu stellen. In der Kommission war man sich darin einig,

diese Statistik allgemein in der Reichsindustrie zur Einführung zu bringen und diese mit der statistischen Kommission Berlin gemeinsam die Beratungen.

Nachdem der Entwurf einer solchen Statistik den Untertarifkommissionen zugegangen war, mit dem Wunsche, Kritik zu üben, neue Vorschläge bezuglich Abänderungsanträge uns baldmöglichst zukommen zu lassen, ließen einige Abänderungsvorschläge einfließen wurde die Frage: laufende oder periodische Erhebungen? Kam stimmte dem Vorschlage der Zentraltarifkommission zu und wählte das letztere. Man beschloß, erst die wichtigsten Aufnahmen alle Vierteljahre zu machen. Der Standpunkt der Kommission war jedoch, in halbjährliche Erhebungen vorzunehmen.

Da unser Entwurf an eine richtige Ausfüllung einige Anforderungen stellte, hielt es die Kommission für unbedingt nötig, einen Kommentar anzuheften, der es auch dem Vermerken über die Ausfüllung, die richtige Ausfüllung vornehmen zu können, insbesondere sollte er eine Handhabe bieten für die Untertarifkommissionen sowohl wie für die Verbandsfunktionäre der Werkstatt.

Die erste Erhebung erfolgte im März 1908. Fragebogen, Kommentar und Belegschreiben, welches letzteres noch die nötigen Anweisungen für die Untertarifkommissionen enthielt, waren rechtzeitig zur Verfügung gekommen. Das erste Resultat kann im allgemeinen als befriedigend bezeichnet werden.

Eine zweite Ausgabe mit Anschreiben erfolgte Oktober 1908. Leider muß hier festgehalten werden, daß diese Erhebung aller Erwartung zumider am allerbedauerlichsten ausgefallen ist, so daß an eine Weiterarbeitung des Materials gar nicht zu denken ist. Besonders führen wir Klage über Nichteingendung des Materials sowie Nichtbeantwortung des Nachschreibens. Größere Verwaltungen, z. B. Breslau, sind zu nennen, da erhielten wir das erste sowie das zweite Material nicht zurück und trotz Mahnung nicht mal Antwort. Für Götting trifft das gleiche zu, jedoch das letztemal erhielten wir wenigstens Antwort dahingehend, daß es der Indifferenz der Kollegen wegen nicht möglich ist, irgend etwas festzustellen.

In Offenbach a. M. ist es selbst dem Kollegen Wurm nicht möglich gewesen, vollständig ausgefülltes Material einzuheften. Hier drückt die letzte Lohnbewegung alle Willenskräfte nieder und weigert sich, irgendwelche Angaben zu machen.

Das Ergebnis hat uns bis jetzt im Endgültigen selbst Berlin nicht auf der Höhe der Zeit. Trotz vieler aufgewandeter Mühe sind wir nicht in der Lage, eine vollständige zureichende Berücksichtigung vornehmen zu können.

Stimmt schließlich wie den ersten Teil, welches Angehörigen der Kommission bedeutet.

Als die Kommission die Geschäfte übernommen hatte sie danach hin, wo immer nur irgend möglich, solche Tarife abzuschließen, welche möglichst einheitliche Gesichtspunkte enthielten, um die spätere Einführung eines Zentraltarifes leichter zu gestalten. Eine Lösung dieser Frage sollte in nicht zu weiter Ferne liegen, zumal unsere Arbeitgeber schon Stellung zu dieser Frage genommen hatten, was wiederum durch den Ablauf der Tarifverträge in Berlin und Offenbach a. M. bewirkt wurde, so daß die ersten gemeinsamen Verhandlungen mit den Arbeitgebern bald in Fluß kamen. Aufgabe der Kommission blieb nur die schleunigste Einziehung der bestehenden Tarifverträge und im übrigen an der Beratung des Entwurfs des Zentraltarifes teilzunehmen. Mit Abschluß des Tarifes ist somit der Hauptteil des gestellten Zieles erreicht und die Kommission nun die Weiterausdehnung und Verbesserung des Zentraltarifes die nächste Aufgabe sein.

Eine weitere größere Arbeit, die Bearbeitung der Akkordtarife, welche die Kommission vorgezeichnete, liegen wir vorläufig auf sich beruhen. In mit Abschluß des Zentraltarifes und der Versammlung mit dem Kartellverbänden, die nun herbeizuführen ist, die Konstitution der Kommission eine andere werden und unter Umständen eine angefangene Arbeit ad acta gelegt wird, was wir durch Zurückstellung unseres Vorhabens vermeiden wollen. Von Tarifbewegungen, bei denen sich ein persönliches Eingreifen der Zentraltarifkommission nötig macht, ist die Lohnbewegung in Götting zu verzeichnen. Die handelte es sich um Neuformulierung gestellter Forderungen. Hierzu war eine Aussprache mit den Göttinger Kollegen nötig, um gefasste Beschlüsse rückgängig zu machen. Die Kommission gab noch die nötigen Anweisungen über die Taktik der Bewegung und übernahm es gleichzeitig, die Verwirklichung des aufgestellten Tarifvertrages vorzunehmen und das Material nach Götting zurückzusenden. Im übrigen hielten wir durch rege Korrespondenz mit Götting, um eventuell zu rechter Zeit sofort wieder

eingreifen zu können. Jedoch das Meistmal der Bewegung war ein negatives.

Ein weiteres verständliches Eingreifen machte sich nötig in der Kofferfabrik von Berlin u. Zehmann in Ziemterwalde. Hier handelte es sich um einen Zweigbetrieb der Berliner Fabrik. Mit Eröffnung dieses Ziemterwalder Betriebes wurde gleichzeitig ein Lohnsatz zur Einführung gebracht, welcher bedeutende Verschlechterungen des Berliner Tarifes in sich barg. Die Firma zog es vor, bewirkt durch unser Vorstelligenwerden, lieber diesen Betrieb aufzulösen, als die Lohnsätze des Berliner Tarifes zu zahlen. Einen näheren Bericht dieser Angelegenheit finden wir in einer früheren Nummer unserer Sattlerzeitung.

Die gepflogene Korrespondenz war eine rege zu nennen. Sie betrug während der Amtsperiode einen Ausgang von zirka 390 Briefen, Karten und Drucksachen.

Eingelassen sind zirka 120 Briefe, Karten bezw. Drucksachen, hierzu kommt noch die bedeutende Zurüstung des ausgefallenen Materials. Sitzungen hielt die Kommission 25 ab; diese machten sich nötig, um die hier angegebene Tätigkeit zu entfalten, Prüfungen und Regulierungen der Klassenverhältnisse vorzunehmen sowie alle in das Ressort der Tariffkommission fallenden Angelegenheiten zu erledigen.

Ferner fanden noch ein großer Teil von Besprechungen und Beratungen im kleineren Zirkel statt, welche als Sitzungen nicht gebucht sind.

Die Zentralkommission unterbreitet hiermit diesen Bericht den Kollegen zur Kenntnisnahme und glaubt der Meinung sein zu dürfen, daß unter den gegebenen Umständen, soweit es jedem Mitgliede möglich war, seine freie Zeit in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen, ihre Pflicht erfüllt zu haben.

Es zeichnet mit kollegialem Gruß

Die Tariffkommission der Heilkräftelfattler Deutschlands.

J. W. Arthur Kaufsch.

### Die Höchstleistungen bei der Krankenversicherung.

G. Belanlich schreibt das Krankenversicherungsgesetz den Klassen vor, welche Mindestleistungen auf alle Fälle zu gewähren sind, ebenso sieht der § 21 eine Erhöhung und Erweiterung der Leistungen der Krankenklassen, die auch für Betriebs- und Jungmännerklassen gelten. Für die Gemeindekrankenklassen kommt nach § 6a ebenfalls eine ganz minimale Erweiterung der Klassenleistungen in Betracht. Die neue Reichsversicherungsordnung bringt nun mit Ausnahme der Erweiterung der Wöchnerinnenunterstützung von sechs auf acht Wochen keine Erhöhung der Mindestleistungen. Dringend zu wünschen ist aber, daß der Reichstag hier Remedur schafft und im allgemeinen eine Erhöhung der Mindestleistungen gesetzlich eintreten läßt, zumal bei der nach der Reichsversicherungsordnung vorgesehene anderweitigen Zusammensetzung des Klassenvorstandes in Zukunft noch viel weniger eine Erhöhung der Klassenleistungen durchgeführt werden wird. Die Leistungen der Klassen sollen sich erstrecken auf: Krankenunterstützung, Wöchnerinnenunterstützung und Sterbegeld. Auf weitere Unterstüßungen, namentlich auf Invaliden-, Witwen- und Waisenunterstützungen, dürfen die Krankenkassen ihre Leistungen nicht ausdehnen.

Die barem Leistungen der Krankenkassen sollen nun nach einem Grundbetrage bemessen werden. Als solcher gilt der durchschnittliche Tagelohn der Klassen von Versicherten, für welche die Klasse errichtet ist, soweit er 4 Mk. für den Arbeitstag nicht übersteigt. Der durchschnittliche Tagelohn kann auch nach der verschiedenen Lohnhöhe der Klassenmitglieder stufenweise festgesetzt werden. Der durchschnittliche Tagelohn einer Klasse darf in diesem Falle auf höchstens 5 Mk. festgesetzt werden. Ebenso kann die Zahlung nach dem durchschnittlichen Tagelohnes den wirklichen Durchschnittslohn der einzelnen Versicherten, soweit er 5 Mk. für den Arbeitstag nicht übersteigt, als Grundbetrage bestimmen. Bei den Landkrankenklassen ist eine Verschlechterung infolgedessen einzuführen zulässig, als hier die Zahlung den ursprünglichen Tagelohn als Grundbetrage bestimmen kann.

Als Krankenunterstützung ist auch in Zukunft nur zu gewähren: 1. vom Beginne der Krankheit ab freie Krankenpflege, bestehend in Gewährung von ärztlicher Behandlung und Arznei sowie Brillen, Bruchbänder und ähnlichen Heilmitteln, 2. bei Arbeitsunfähigkeit infolge Krankheit vom dritten Tage nach dem Tage der Erkrankung ab oder, sofern die Arbeitsunfähigkeit erst später eintritt, vom Tage ihres Eintritts ab für jeden Arbeitstag ein Krankengeld in Höhe des halben Grundbetrages. Das Krankengeld ist nach Ablauf jeder Woche zu zahlen. Die Klassen können nun aber, wie bisher schon, das Krankengeld bis zu drei Vierteln des Grundbetrages erhöhen, ebenso kann dasselbe für die Sonn- und Feiertage und bei Krankheiten von länger als zwei-

wöchiger Dauer jeden vom Tage des Eintritts der Arbeitsunfähigkeit ab gewährt werden. — Die Verlängerung, monach erst bei Krankheiten von längerer als zweiwöchiger Dauer das Krankengeld vom Tage der Erkrankung ab gewährt werden kann, bedeutet eine Verschlechterung gegenüber dem jetzigen Gesetze, das die zweiwöchige Karenz nicht vorsieht. Wie bisher, soll auch in Zukunft das Krankengeld bis auf die Dauer eines Jahres gewährt werden können. Ebenso kann statutarisch bestimmt werden, daß Gemeinenden bis zur Dauer eines Jahres von Beendigung der Krankenunterstützung ab Fürsorge, namentlich Unterbringung in einem Gefängnisheim, gewährt werden darf. Die Zahlung kann die Krankenpflege auch auf die Gewährung weiterer Heilmittel, als wie die erwähnten Brillen, Bruchbänder und ähnlicher Heilmittel, ausdehnen.

Ueber die ärztliche Behandlung enthält die Reichsversicherungsordnung etwas erweiterte Bestimmungen. Derselbe erfolgt durch approbierte Ärzte, bei Zahnkrankheiten auch durch approbierte Zahnärzte. Sie umfaßt auch Hilfsleistungen anderer Personen, wie Bäder, Hebammen, Heilbäder, Heilgehilfen, Krankenwärter, Massage und dergleichen, sowie Zahnkünstler nur dann, wenn die Hilfsleistung vom Arzte (Zahnärzte) angeordnet ist oder wenn sie in dringenden Fällen gewährt wird, in denen die Zuziehung eines approbierten Arztes (Zahnärztes) nicht angeht. Sind im Bezirk einer Klasse oder in Teilen dieses Bezirkes Zahnärzte nicht in ausreichender Zahl vorhanden, welche die Behandlung zu angemessenen Bedingungen übernehmen, so kann bei Zahnkrankheiten mit Ausschluß von Mund- und Kieferkrankheiten die Hilfsleistung auch in anderen Fällen durch geeignete Zahnkünstler, Heilbäder und Heilgehilfen gewährt werden. Die Landeszentralbehörde kann hierüber besondere Bestimmungen erlassen.

An Stelle der Krankenpflege und des Krankengeldes kann die Klasse freie Kur und Verpflegung in einem Krankenhaus gewähren. Ist der Versicherte verheiratet oder hat er eine eigene Haushaltung, oder ist er Mitglied der Haushaltung seiner Familie, so bedarf es seiner Zustimmung. Der Zustimmung bedarf es nicht, wenn: 1. die Art der Krankheit Anforderungen an die Behandlung oder Verpflegung stellt, denen in der Familie der Erkrankten nicht genügt werden kann, 2. die Krankheit ansehend ist, 3. der Erkrankte wiederholt den Vorschriften der Krankenordnung oder den Anordnungen des behandelnden Arztes zuwidergehandelt hat, 4. der Zustand oder das Verhalten des Erkrankten eine fortgesetzte Beobachtung erfordert. Bei einem Minderjährigen genügt seine persönliche Zustimmung. Die Zahlung kann nun weiter bestimmen, daß in Fällen, in denen die Heberzeugung des Erkrankten in ein Krankenhaus angeht, aber nicht ausführbar ist, mit seiner Zustimmung von der Klasse Hilfe und Wartung durch Krankenpfleger, Krankenschwestern oder dergleichen gewährt werden darf. Weiter soll die Zahlung die Klasse in solchen Fällen ermächtigen können, die Kosten hierfür am Krankengelde zu kürzen, jedoch höchstens bis zu seiner Hälfte. Wegen eine solche Bestimmung, die auf keinen Fall als eine Verbesserung oder Erweiterung der Krankenpflege anzusehen des Mitgliedes bezeichnet werden kann, gilt es energisch Protest einzulegen. Entweder man gewährt direkte Krankenhauspflege oder man verzichtet auf die Kürzung des Krankengeldes bei Stellung eines Krankenpflegers, Krankenschwester usw.

Hat nun das in einem Krankenhaus untergebrachte Klassenmitglied Angehörige, deren Unterhalt es bisher aus seinem Arbeitsverdienste ganz oder überwiegend bestritten hat, so ist neben der Krankenhauspflege eine Angehörigenunterstützung im Betrage des halben Krankengeldes zu zahlen. Die Zahlung kann unmittelbar an die Angehörigen erfolgen. Zulässig ist es, die Angehörigenunterstützung bis zum Betrage des gesetzlichen Krankengeldes zu erhöhen, ebenso kann solchen Versicherten, für die keine Angehörigenunterstützung zu zahlen ist, im Falle der Krankenhausaufnahme ein Krankengeld bis zur Hälfte des gesetzlichen Krankengeldes gewährt werden. Bisher gilt hier als höchster Satz ein Viertel des Krankengeldes.

Bezüglich der Wöchnerinnenunterstützung ist vorzugehen, daß von den acht Wochen mindestens sechs auf die Zeit nach der Niederkunft fallen sollen. Die Zahlung kann auch bestimmen, daß weiblichen Versicherten wegen einer durch die Schwangerschaft verursachten Erwerbsunfähigkeit als Unterstüßung der Betrag des Krankengeldes bis zur Gesamtdauer von sechs Wochen zugewilligt wird. Außerdem können die erforderlichen Hebammendienste und ärztliche Behandlung während der Schwangerschaftsbeschwerden frei gewährt werden.

Das Sterbegeld soll wie bisher den zwanzigfachen Betrag des Grundbetrages ausmachen, es kann aber auch bis zum vierzigfachen Betrag erhöht werden. Auch kann ein Mindestbetrag von 50 Mk. festgesetzt werden.

Zum Schluß können die Klassen nun noch die Familienunterstützung einführen. Es kann gewährt werden: 1. nicht versicherungspflichtigen Familienangehörigen der Klassenmitglieder im Erkrankungs-falle freie Krankenpflege, 2. nicht versicherungspflichtigen Ehefrauen der Klassenmitglieder die Wöchnerinnen- und Schwangerschaftsunterstützung, 3. beim Tode des Ehegatten oder eines Kindes eines Klassenmitgliedes ein Sterbegeld, sofern diese Personen nicht selbst in einem gesetzlichen Versicherungsverhältnisse stehen, auf Grund dessen ihren Hinterbliebenen ein Anspruch auf Sterbegeld zusteht. Dies kann beim Tode des Ehegatten bis auf zwei Drittel, beim Tode eines Kindes bis auf die Hälfte des Sterbegeldes für das Mitglied bemessen werden.

Da von der Einführung der Höchstleistungen nicht allein die verheirateten, sondern auch die ledigen Klassenmitglieder profitieren, so dient die Einführung derselben nur der Allgemeinheit. Deshalb auf zum weiteren Ausbau der Krankenkassen, denen schon unter dem gegenwärtigen Gesetz die Einführung vorstehender Höchstleistungen gestattet ist. Da die Reichsversicherungsordnung leider keine Erhöhung der Minimalleistungen (mit Ausnahme der Wöchnerinnenunterstützung auf acht Wochen) vorsieht, die Einführung höherer Leistungen bei der zukünftigen Zusammenziehung des Vorstandes aber noch mehr wie heute auf Schwierigkeiten stoßen wird, so muß mit allem Nachdruck die gesetzliche Erhöhung der Mindestleistungen gefordert werden.

### Rundschau.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine im Jahre 1908. In der Zeit vom 14. bis 17. Juni finden in Mainz die diesjährigen Tagungen des Zentralverbandes und der Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine statt. Als Vorläufer dieser Tagungen ist jetzt der Geschäftsbericht erschienen, den der Generalsekretär Heinrich Kaufmann in jedem Jahre dem Genossenschaftstage unterbreitet. Der Bericht äußert sich in sehr eingehender Weise über zahlreiche, die Genossenschaftsbewegung im allgemeinen und die Konsumvereine im besonderen berührende Fragen, außerdem gibt er einen Überblick über Stand und Entwicklung des gesamten deutschen Genossenschaftswesens und der Konsumgenossenschaftsbewegung des Auslandes. Im eingehendsten wird natürlich der Zentralverband deutscher Konsumvereine behandelt. Aus der Fülle von Angaben über dessen Entwicklung seien auch hier ein paar Zahlen mitgeteilt, die ein erfreuliches Wachstum und eine gesunde Entwicklung dieses jüngsten Sprößlings am deutschen Genossenschaftsbaume verraten.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine wurde im Jahre 1903 in Dresden gegründet. Er besteht jetzt also sechs Jahre, verfügt aber trotzdem über eine Verbandsstatistik über den gleichen Zeitraum. Das ist darauf zurückzuführen, daß bereits 1902 in Aregnach, wo die vordrängendsten Konsumvereine von den Kreditvereinslern aus dem Allgemeinen Verbands deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften ausgeschlossen wurden, die Errichtung des Zentralverbandes im Prinzip beschlossen worden war. Um eine Unterlage zu haben, auf der die Tätigkeit des neuen Verbandes sich aufbauen konnte, und um zu vermeiden, daß die Statistik, die bisher vom Allgemeinen Verbands aufgenommen wurde, ins Stocken gerate, wurde daher schon im Herbst 1902 eine Statistik von der damaligen Schriftleitung der Großverkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine aufgenommen. Ihr verdanken wir den Überblick über eine sechsjährige Entwicklung der Konsumvereine des Zentralverbandes.

Die nachstehend wiedergegebenen Zahlen ergeben ein Bild festen, äußerlichen Wachstums und innerlicher Festigung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Seit 1902 liegt die Zahl der Verbandsvereine von 555 auf 1068, die Mitgliederzahl von 480 916 auf 975 605. Die Angaben zu dieser Statistik stammen teilweise noch aus dem Jahre 1907, weil das Geschäftsjahr der Konsumvereine nur in Ausnahmefällen mit dem Kalenderjahre zusammenfällt. Würden wir genaue Angaben über den gegenwärtigen Mitgliederstand der Konsumvereine des Zentralverbandes besitzen, so könnten wir wohl feststellen, daß die erste Million organisierter Konsumenten erreicht, vielleicht um ein geringes überschritten ist. Der Umsatz, der erzielt wurde, betrug 1908 in runder Summe 350 Millionen gegen 148 Millionen im Jahre 1902. Der Umsatz ist seit 1902 um das zweieinhalbfache gestiegen, während sich die Zahl der angeschlossenen Vereine und der Mitglieder verdoppelte. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hat also nicht nur eine beachtenswerte äußerliche Kräftigung, sondern auch eine größere Intensität in der genossenschaftlichen Betätigung zu verzeichnen. Seine Mitglieder gewöhnen sich in immer höherem Maße daran, ihren Warenbedarf den Konsumgenossenschaften zu entnehmen. In

zwei, höchstens drei Jahren wird die erste halbe Milliarde organisierter Konsums erreicht sein.  
 Der Entwicklung der Waren entspricht auch die Entwicklung der einzelnen Teile. Der Zentralverband deutscher Kaufmännervereine besteht aus 1028 Kaufmännern, 38 Arbeitergenossenschaften und Gewerkschaften anderer Art, einer Großkaufmanns-Gesellschaft und einer Verlagsanstalt des Zentralverbandes. Heber die Entwicklung der Großkaufmanns-Gesellschaft im Jahre 1908 ist bereits früher berichtet worden. Des Zusammenhanges wegen sei daher hier nur mitgeteilt, daß die Großkaufmanns-Gesellschaft im Jahre 1908 einen Umsatz von 45 778 277,43 Mk. erzielte. Ähnliche in der Verlagsanstalt tätige Personen erziehen sich vorbildlich über Vornamen und Arbeitsbedingungen.

Die Arbeitergenossenschaften und Gewerkschaften anderer Art spielen keine große Rolle im Zentralverband deutscher Kaufmännervereine. Es sind ihm 38 solcher Genossenschaften angeschlossen, die 1908 für 7,3 Millionen Mark Waren beruhten. Da die Eigenproduktion der Kaufmännervereine im Verhältnis zu einem Wert von 36,8 Millionen Mark hatte, ist leicht zu verstehen, daß die Bedeutung dieser Arbeitergenossenschaften nur gering ist. Sie beschäftigten 1908 insgesamt 1458 Personen mit der Herstellung von Holzwaren, Textilarbeiten, Skatatabak und Zigarren, Seiden, Webwaren usw.

Am bedeutungsvollsten ist die Gruppe der Kaufmännervereine. Ihre Zahl betrug 1908 1028 gegen 659 im Jahre 1907. Die Mitgliederzahl wuchs von 879 221 auf 946 904. Die Zahl der Verkaufsstellen lag von 2562 auf 2828, die Zahl der Zentrallager von 135 auf 139. Der Gesamtumsatz erreichte die Höhe von 276 Millionen Mark gegenüber 238 Millionen Mark im Jahre zuvor. Vom Gesamtumsatz entfielen 253 gegen 217 Millionen Mark 1907 auf das eigene Geschäft, auf das Lieferantengeschäft 21,5 gegen 21,5 Millionen Mark im Jahre vorher. Die Zahl der in der Warenverteilung beschäftigten Personen lag von 9662 auf 11 706.

Die Tätigkeit der Kaufmännervereine kommt den beiden Klassen unseres Volkes zugute, in erster Linie also den Arbeitern. Immerhin wäre es verfehlt, anzunehmen, in den Kaufmännervereinen des Zentralverbandes seien nur Arbeiter organisiert. Der Zentralverband führt auch eine Berufsstatistik der Mitglieder in den einzelnen Kaufmännervereinen. Diese ist zwar nicht ganz vollständig, da von 966 904 Mitgliedern nur 838 073 zur Berufsstatistik berichtet haben, aber sie läßt doch erkennen, daß die Arbeiter zwar die Mehrheit der Mitglieder zu den Kaufmännervereinen stellen, aber von reinen Arbeitergenossenschaften doch noch nicht die Rede sein kann.

**Korrespondenzen.**

**Hausen.** (E. 2. 6.) Am 22. Mai tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, zu welcher der Gauleiter, Kollege Busch, erschienen war. Kollege Busch erläuterte uns einen ausführlichen Bericht von der Kölner Generalversammlung und gab den bisherigen Kollegen ein klares Bild von den dort gepflogenen, für unsere Organisation diesmal so wichtigen Verhandlungen. Heber Bericht lobte den Redner für seine interessanten Ausführungen. In der sich hieran anschließenden Diskussion fragte Kollege Schulz, ob es nicht möglich gewesen wäre, die Beiträge klassenweise, wie z. B. in den Krankenkassen, einzuführen, da es den bisherigen Geschirrhältern unter den bisherigen Lohnverhältnissen schwer fallen wird, vom 1. Juli ab 50 Pf. Beitrag zu zahlen. Dagegen wurde noch von mehreren Kollegen bedauert, daß unser Antrag, betreffend Beibehaltung der jetzigen Unterhaltungsätze, nicht angenommen worden ist, da die hiesigen Kollegen noch wie vor in der Reduzierung der Tagesätze eine Schwächung sämtlicher Gemeinheitskollegen erblickten. Nachdem nun Kollege Busch hierzu entsprechende Erklärungen abgegeben hatte, gaben sich die Kollegen im einmütigen Zufrieden. Des weiteren beschloß die Versammlung, um eine regelmäßige Beitragszahlung unter den Geschirrhältern zu ermöglichen, einen Hausstärker, als solchen Kollegen Jahrgang, zu ernennen. Sodann gibt Kollege Schulz noch Bericht über die bei der Firma Hiedler stattgefundene Bewegung. Bei genannter Firma, wo zurzeit 4 Geschirrhälter beschäftigt sind, ist es den dortigen Kollegen durch ihre Einigkeit gelungen, die stündliche Arbeitszeit unter Beibehaltung des jetzigen Lohnes einzuführen. Dieser kleine Fortschritt ist aber um so mehr zu begrüßen, da es die erste Geschirrhälter ist, in welcher Kollegen mit der Verkürzung der Arbeitszeit den Anfang gemacht haben, die hiesigen Verhältnisse etwas zu heben. Nachdem noch verschiedene örtliche Angelegenheiten geregelt worden waren, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Kollegen von Hausen!  
 Trotz aller unserer Mühe, die wir uns gegeben hatten, Euch in diese Versammlung zu bringen,

hatten es nur 3 Inorganische für nötig befunden, uns zu besuchen. Denkt doch an eure erbärmliche Lage, an den Mangel und Vorkommen, den niedrigen Lohn und die lange Arbeitszeit. Nehmt Euch ein Beispiel an den Arbeitern anderer Betriebe, welche es verstanden haben, sich durch ihre Emanzipation ihre Erleichterung zu verdienen. Fort mit dem Gewerkschaftsverein, hinweg mit der Unzufriedenheit. Treibt viel mehr unsern Verband bei, mit dessen Hilfe es auch Euch gelingen wird, Eure Lage zeitgemäß zu gestalten. .... 5.

**Wien.** (E. 2. 6.) Am 15. Mai fand hier seit vielen Jahren wieder einmal eine öffentliche Zettlergeheimerversammlung statt. Gauleiter Barndt aus Preßlau, welcher sich auf einer Agitationstour in Niederösterreich befand, hielt im Gasthaus zum Ährenberg einen Vortrag über: "Die wirtschaftliche Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation in Österrich." Nach der vorangegangenen Tätigkeit des Referenten unter den hiesigen Kollegen hätte der Besuch ein besserer sein können. Redner hielt nicht ganz beiseite die noch miserablen Zustände im Bereich des Arbeiterlohn und das Mangel und Vorkommen beim Reiner. Allgemeiner Beifall folgte den zutreffenden Ausführungen. Die Diskussion zeigte einen sachlichen und verständigen Meinungsaustausch. Da hier außerdem 30 Verfassungen in Frage kommen, konnte zur Gründung einer Filiale gedrungen werden, um so mehr, da sich hier ein unabhängiger Kollege befindet, welcher mit der Zeitung beauftragt wurde, und die Eintretenden, meistens ältere Kollegen, sich das Versprechen gaben, nach Möglichkeit an dem Ausbau der jungen Filiale mitzuwirken. Anfang Juni soll bereits eine weitere öffentliche Versammlung folgen.

Kollege Barndt erklärte nach vorgenommener Wahl der Funktionäre die näheren Einzelheiten derselben und schloß mit dem Wunsch, daß die kleine Anzahl der Gründenden sein möge, für die Organisation der Gewerkschaft der Kollegen ein Vorbild, um später als jeder Bau die beruflichen und wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder kräftig wahrnehmen zu können.

**Dresden.** (E. 7. 6.) In einer am 21. Mai in den "Arbeitskassen" stattgefundenen öffentlichen Zettlerversammlung, welche zusammen mit der Lokal- und der Zentraltraktanten der Zettler einbezogen war, sprach Genosse Bauer über die neue Reichsversicherungsordnung. Zunächst ging Redner auf die Reichsversicherungsordnung im allgemeinen ein und wies an verschiedenen Beispielen die Notwendigkeit einer Neuordnung derselben nach. Als man sich 1908 im Reichstage damit beschäftigte und selbst der damalige Staatssekretär die Notwendigkeit einer Neuordnung erkannte, fand sein Vorschlag fast einstimmige Annahme. Doch durch Verweigerung durch die Industriellen und infolge der momentanen Zusammenfassung des Reichstages, wurde es die Regierung kühn, ihre Erklärung dazu noch nicht notwendig zu ändern und die jetzt eintreffende Vorlage dem Parlament zu präsentieren. Neben einigen minimalen Verbesserungen enthält die Vorlage so viel Verschlechterungen, daß sie zum schärfsten Protest der gesamten deutschen Arbeiterklasse herausfordert. Was die Krankversicherung betrifft, so soll selbige in Zukunft auch auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und auf die Hausgewerbetreibenden (Gemeindevorteil) ausgedehnt werden, doch sollen selbige kein Mitbestimmungsrecht in der Verwaltung der Kassen geschäfte haben, weil ihnen nach Ansicht der Regierung der Versuch der Selbstverwaltung der Kassen, die jetzt meist in den Händen der Arbeiter liegt, soll eine große Einschränkung erfahren. Dadurch würde aber ein Heer von 22 Millionen Arbeitern zu Sklaven herabgewürdigt. Durch verschiedene einschneidende Bestimmungen, welche die Vorlage enthält, würde auch den freien Hilfskassen der Gehalt gemacht werden, während man den Junggenossen weitere Vorteile gewährt. Auch bei der Unfallversicherung finden wir solche Ausnahmeverordnungen. So kann z. B. nach der neuen Vorlage bei einem Verunglückten die Rente von vornherein auf bestimmte Zeit festgesetzt werden. Nach Ablauf dieser Zeit ist es ihm nur durch gerichtliches Klagen möglich, seine weiteren Ansprüche zur Geltung zu bringen. Selbst der Witwen- und Waisenversicherung, welche eine große soziale Notwendigkeit ist, hat man wenig Beachtung geschenkt. Da bekanntlich die Zollerträge die gedachten Summen zu dieser Versicherung nicht gebracht haben, so bietet man jetzt nichts als leere Trostworte. Mit einem kräftigen Satzwort an die Anwesenden, gegen diese Schmach ganz entschieden zu protestieren, schloß Redner seine mit großem Beifall aufgenommene Ausführungen. Nach einer kurzen Dis-

kussion erhaltete Kollege Bauer einen geschäftlichen Mitteilung, worauf Schluß der sehr gut besuchten Versammlung erfolgte.

**München.** (E. 7. 6.) In unserer Versammlung am 2. Mai hatten wir die Wahl des Gauleiters vorgenommen. Einmütig wurde unser Kollege Knibbe, welcher schon längere Zeit seine ganze Kraft dem Verbande gewidmet, vorgeschlagen und gewählt. Er nimmt die Wahl an, wenn er nur einige Mitarbeiter rechnen darf. Die Wahl der Mitglieder über ging ebenfalls glatt konstatieren. Weiterhin die Versammlung beschloß, ob der Lokalverband in bisheriger Höhe beibehalten werden soll. Heber ergriff man sich über die Kollegen für den alten Vertrag aus, was auch der Abstimmung einstimmig beistimmen wurde. Kollege Knibbe erläuterte hierauf Bericht über den bisherigen Verlauf der Bewegung bei den hiesigen Mitgliedern. Er konnte ganz hübsche Verbesserungen konstatieren. Wenn auch nicht alle Arbeiter nachgehenden, ein Schritt ist gemacht in die Richtung, deren Arbeitsverhältnisse schon lange reformbedürftig sind und vor der man immer ein wenig Misstrauen hatte. Hoffentlich läßt sich durch diesen ersten Grundstein nun weiterbauen, um hier einmütigen menschenwürdige Zustände schaffen.

Unsere Versammlung vom 8. Mai brachte einen ausgezeichneten Vortrag unseres Kollegen Kauer über: "Religion, Gottesglaube, Kirchensache". Weder ist es uns nur selten vorgekommen, ein derartig interessantes Thema in solch leicht verständlicher, natürlicher Weise behandelt zu hören. Der Referent verstand es, den Ursprung der Religion und des Gottesglaubens als Schlussfolgerung aus für die Menschen unverständliche Naturereignisse zu verweisen. Er die Entwicklung durch weitere Jahraufgabe brachte die Wandlung vom Götterdienst bis zur Religion, besonders der christlichen und zeigte auch, wozu sie vielfach mißbraucht wird. Die Versammlung folgte in gespannter Aufmerksamkeit dem verständigen Vortrage und dankte dem Redner Beifall.

**Kassel.** (E. 8. 6.) In der Versammlung am 5. Juni wurde zum zweitenmal die Beitragsfrage behandelt. Am Ende vorigen Jahres hatten wir den wackelnden Beitrag durch Vorkaufschlag von 50 Pf. erhöht, doch wollten die Kassenkollegen von nochmaliger Erhöhung nichts wissen. Seitdem ist die Erhöhung nun aber feststehend, und als Demokratie haben wir uns zu fügen. Sollten wir nun den bisherigen Beitrag weitergeben, so wäre der Vorkaufschlag um 5 Pf. reduziert worden. Eine natürliche Folge davon wäre: die Reduzierung der Leistungen der Kassenkasse. Die Versammlung am 22. Mai ermahnte den Anwesenden, als wollte man wegen der 5 Pf. Vorkaufschlag prognostizieren, wenn keine solche Reduzierung auf Antrag würde dem Kant bezahlt und in der Versammlung am 5. Juni nochmals behandelt. Diese Versammlung war ausnahmsweise auf Sonntag. Der Vorsitzende kam nochmals auf die Beitragsfrage zu sprechen und stellte sie zur Diskussion, welche äußerst lebhaft wurde. Nur wenige Redner sprachen gegen Beibehaltung des 10 Pf. Vorkaufschlages. Ihnen hatten es die lieben Rednerkollegen mit der ebeno bekannten wie unbedingten Drohung: "Nicht treue aus" angetan. Ein Antrag vom 1. Juli ab beträgt der Beitrag für Kassel 60 Pf., wurde fast einstimmig angenommen. Im weiteren Verlauf der Versammlung kam ein Antrag der am neuangeordneten Arbeiter-Sammlungsliste auf finanzielle Unterstützung zur Sprache. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen, gab uns zunächst Aufschluß über Zweck und Nutzen derselben. Einmütig wurde eine Unterstützung bewilligt. — Kollegen Kassele, die Beitragsfrage ist nun entschieden. Doch einen zur gerechten Freude, denn anderen zum gerechten Aerger. Ein Schritt nach vornwärts wieder getan worden. Hoffen wir, daß er ein gutes Gutes erreichen und die Befürchtung, daß aus dem Grunde Mitglieder verlieren werden, nicht eintreffen wird. Wegen der Herausgabe von 5 Pf. tritt kein Kollege aus. Der langgeheute Wunsch, bei der ersten besten Gelegenheit dem Verband den Rücken zu kehren, ist meistens die Redner dazu. In der Regel gehören diese Kollegen Vereinen an, welche eine viel größere Opferwilligkeit verlangen und deren Nutzen die Opfer auch nicht im entferntesten bedürfen. Sie laufen Vereinen als getreue Vasallen nach, in denen ihre Ausbeute die Hauptrollen spielen, selbst aber nur als Dekoration dienen. Als ob sie sich in Arbeitergenossenschaften nicht auch finden ließe. Doch genug davon, Kollegen, lassen wir uns nicht verblüffen, arbeiten und agitieren wir unentwegt weiter für die Ziele des Verbandes. Denken wir uns nicht an einzelnen Personen, behalten wir unser Ziel immer im Auge, feuern wir daran

les, dann wird es möglich sein, daß wir in der Sattler- und Porzellan-Zeitung mehr und Erfreulicherer aus Mangel berichten können.

Viegnitz. (E. 9. 6.) Versammlung vom 7. Juni 09. Eine sehr interessante, wenn auch leider nur schwach besuchte Versammlung tagte im Lützen Hof. Zu derselben war auf Einladung der Ortsverwaltung der Gauleiter, Kollege Partsch, erschienen und hielt nach ein paar einleitenden Worten des Vorsitzenden einen kleinen Vortrag über das Thema: Warum sollen wir uns organisieren? An den sehr beifällig aufgenommenen Vortrag schloß sich eine rege Diskussion. In selbiger schnitt der Gauleiter die Frage an, ob es nicht besser wäre, wenn hier in Viegnitz die Sattler und Tapezierer gemeinsam arbeiten würden in puncto Agitation usw. Es erklärten die anwesenden Vorstandsmitglieder der Tapezierer, die Beitreibungen der Sattler so viel als möglich zu unterstützen und mit denselben so viel als möglich Hand in Hand zu arbeiten. Es wurde ferner in Aussicht genommen, später mit den Tapezierern zusammen bei der Annahme, welche hier Tapezierer und Sattlerinnung heißt, dahin zu wirken, daß ein paritätischer Arbeitsnachweis eingeführt wird; natürlich muß erst die Organisation hier am Ute eine starke sein. Nachdem Kollege Partsch noch einmal in seinem Schlussworte alle aufzuredete, recht seit zusammenzubringen und nach Kräften für den Verband zu agitieren, wurde die Versammlung geschlossen. Es ließen sich noch 2 Kollegen aufnehmen.

Breslau. (E. 10. 6.) Am 5. Juni fand eine außerordentliche Generalversammlung statt, welche durch schriftliche Einladungen einberufen worden war. Es waren zu erledigen: Die Erhebung der Lokalseitträge, Verschmelzung der Lokale mit der Streifenlokalenklasse und die Beratung eines Lokalfesttagsplans. Einleitend hielt unser Gauleiter einen fast einstündigen Vortrag und gab darin genaue Erläuterungen über diese Materie. Bei Beratung der Lokalseitträge wurde nach lebhafter Debatte ein Antrag auf 10 Pf. Lokalseittrag mit 25 gegen 14 Stimmen abgelehnt, dagegen ein solcher von 5 Pf. angenommen.

Ueber die Verschmelzung mit den Porzellanern wurde lebhaft diskutiert und dieselbe gegen eine Stimme gutgeheißen.

Am wurde der Versammlung ein vom Vorstande ausgearbeitetes Lokalfeststatut vorgelegt, welches mit einigen Abänderungen angenommen wurde.

Zur verschiedenen machte unser Vorsitzender die Kollegen auf die Bekanntmachung betreffs Neuwahlen des Vorstandes aufmerksam; doch nimmt man von Neuwahlen Abstand, sämtliche Funktionen führen ihre Kommer weiter.

Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten erfolgte Schluß um 12 1/2 Uhr.

München. (E. 10. 6.) Versammlung der Sattler der gal. Artillerieverstätte. In einer am 4. Juni in der „Germania“, Dackauer Straße, stattgefundenen Versammlung der Sattler der Artillerieverstätte referierte Gemeindevorstand Kollege Gg. Maurer über das Thema: Welches Interesse haben die Militärsattler an der Gewerkschaft und auf welchen Gebieten sollen sie sich betätigen? Der Referent schilderte den Kollegen die Entwicklung des Sattlerverbandes und unsere Errungenschaften in den letzten Jahren. Mit eiserner Beharrlichkeit haben eine kleine Schar überzeugter Kollegen jahrelang gekämpft, bis heute der größte Teil der Kollegen organisiert ist. Würde der Verband heute zu existieren aufhören, dann wäre mit einem Schlag alles wieder verloren. Besonders für die Kollegen der Artillerieverstätte hat der Verband sehr viel geleistet. Durch fortgesetztes Petitionieren an das Kriegsministerium und den Landtag ist ihre Lage verbessert worden. Wenn trotzdem viele Kollegen der Artillerieverstätte glauben, daß sie keine Organisation brauchen (aber die Früchte des Verbandes essen sie doch), weil sie auf ihre vermeintliche Lebensstellung pochen, so verweist Maurer diese auf die vor einigen Jahren abgelehnte Absicht der Militärverwaltung, die Arbeit zum größten Teil der Privatindustrie zu übergeben. Viele Kollegen verdanken der Organisation ihre vermeintliche Lebensstellung. Lebensstellung für einen Arbeiter gibt es auch in den Staats- und Gemeindebetrieben nicht. Diese sind gerade so rücksichtslose Arbeitgeber, wie alle anderen. Deshalb hat auch der Staatsarbeiter alle Ursache, sich zu organisieren. Aber mit der gewerkschaftlichen Betätigung allein ist es für den Staatsarbeiter noch nicht getan. Sinter ihm muß eine starke politische Partei stehen, wir müssen danach trachten, alle Errungenschaften gesetzlich zu beschützen. Um einen Druck auf die Gesetzgebung auszuüben, dazu bedarf es einer rückhaltlosen und mächtigen Partei, nur sie kann die Gesetzgebung beeinflussen. Die wahre Vertreterin der Arbeiter ist aber nur die Sozialdemokratie. Außerdem muß der

Arbeiter Genossenschaftler sein. Was nügen uns unsere Lohn erhöhungen, wenn uns wieder der Kaufmann und der Hausprosp das Erzeugnisse abnehmen, ja auf eine vorausichtliche Gehaltserhöhung schon im Voraus die Miete steigt. (Beispiel: Gehaltserhöhung der bayerischen Beamten.) Aber auch sein geistiges Interesse darf der Kollege nicht vernachlässigen. Er braucht eine gute Arbeiterpresse und eine gute Fachpresse. Unsere Fachpresse erscheint ab 1. Juli wöchentlich. Leider gibt es noch viele Sattler, die lieber die Kost eines Witzblattes genießen und andere gemerische Blätter durch ihr Abonnement unterstützen. Keiner ermahnt die Abonnenten, sich fleißig an der Weiterentwicklung der „Münchener Post“ zu betätigen. Je größer ihre Verbreitung, desto leichter ist der Kampf. Nach den Ausführungen des Referenten gab Kollege Hüger bekannt, daß die Militärverwaltung wieder eine Vergebung von Militärdienst an die Privatindustrie plant. Bei der vorjährigen Vergebung von Tornistern war es die Firma Römer in Neu-Ulm, die die Arbeit zu jenseitig niedrigen Preisen übernahm, daß die Firma nur auf Kosten der Arbeiter und auf Kosten der Qualität der Arbeit diese ausführen konnte. Sie hat dabei drauß begahlt. Die Arbeiter der Artillerieverstätte erhalten für das Stück den gleichen Lohn wie die Firma Römer, die die Arbeit vom Staat übernommen hat; dafür bekommen dann die Sattler von Römer einen Affordlohn, der hinter dem, der in der Artillerieverstätte begahlt wird, um eine Mark zurückbleibt. Um zu verhindern, daß die Militärverwaltung jetzt wieder einen Profit auf Kosten der Arbeiter herauszuschlagen versucht (denn wenn schon die Sattler der Artillerieverstätte angestrengt arbeiten müssen bei ihrem um 25 Proz. höheren Affordpreis, um auf ihren Tagelohn zu kommen, dann kann man sich leicht vorstellen, was die Kollegen in der Privatindustrie verdienen, auch wenn sie die Arbeit nicht so gegeben ausführen, wie in der Artillerieverstätte), sollen sofort Schritte dagegen unternommen werden. Wir verlangen die gleichen Lohnsätze in der Privatindustrie wie in der Artillerieverstätte, denn was in Preußen möglich ist in Berlin erhalten die Kollegen die gleichen Lohnsätze in der Privatindustrie wie in der Militärverwaltung in Spandau, muß auch in Bayern gehen. Durch eine Eingabe an das Kriegsministerium wollen wir verhindern, daß bessere Submissionsbedingungen zugunsten des Arbeiters geschaffen werden, daß die Arbeit nur an tarifreife Firmen vergeben wird, die den gleichen Affordlohn ihren Arbeitern zahlen wie im Staatsbetriebe, andernfalls möge die Militärverwaltung die Arbeit in den Artillerieverstätten anfertigen lassen, wo ja auch Werkstätten im Ueberflusse vorhanden sind. Kollege Maurer führte in seinem Schlusswort noch aus, daß durch die Vordrängerei der Privatindustrie die Sattler der Artillerieverstätte alle Nachteile hätten, fest sich dem Verbände anzuschließen, denn wenn es der Militärverwaltung gelingt, die Arbeit bei den Privatunternehmern billiger zu bekommen, dann hätten vor allen Dingen die Sattler der Artillerieverstätte den Schaden davon. Die Privatindustrie darf keine Schmutzkurrenz der Staatswerkstätten werden.

Ausbach. (E. 11. 6.) Am Sonntag, den 5. Juni, tagte im Lokal „Zur Angel“ eine öffentliche Sattler- und Tapeziererverammlung, in welcher Unterzeichneter über das Thema: Warum müssen sich die Kollegen dem Deutschen Sattlerverband anschließen? referierte. Die Versammlung war leider außer von den organisierten, nur von 2 unorganisierten Kollegen besucht. Als Grund, warum mehrere Kollegen trotz Wertpreden nicht kamen, dürfte vielleicht anzunehmen sein, daß dieselben länger arbeiten mußten, oder aber keinen Hauschlüssel bekamen (eine Anzahl hat noch Kost und Logis). Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind zum größten Teil hier sehr schlechte. Die Arbeitstage beträgt bis auf ganz wenige Ausnahmen, 12 Stunden und darüber. Für Ueberstunden wird fast gar nichts begahlt, ebenso nicht für Sonntagsarbeit. Beim Regiments-sattler Schröder, welcher mehrere Wochen beschäftigt, werden Löhne von 6-8 Mk. begahlt, ebenso bei der Firma Maurer, wofolbst die Kollegen zwar außer Kost und Logis sind, jedoch Löhne von 9-15 Mk. erhalten. Höher kommt nur ein selbständiger Garnierer. Es ist sehr schwer, die Kollegen dem Verbände zuzuführen, da es lauter solche vom Lande sind, welche den Meistern für solche Schandlöhne die Arbeit verrichten. Schwer ist es daher auch bei den Meistern bessere Bedingungen durchzusetzen; denn hat man wirklich die Kollegen nur einigermaßen aufgestellt, flugs spannen sie aus und an eine Besserung am Orte ist nicht zu denken. Die Kollegen am Orte müssen alles daran setzen, wenn es ihnen gelingen soll, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erreichen. Würden die unorganisierten Kollegen nur ein klein wenig die Augen aufmachen, müßten sie sehen, daß in den Werkstätten, wo organisierte Kollegen sind, andere und zwar

bessere Verhältnisse herrschen als in den übrigen. Doch dazu lassen ihnen die Meister keine Zeit und sie lassen es sich auch ganz ruhig gefallen. Selbstsich kommt auch bald für die Kollegen der Hauptstadt Mitteldeutschens die Zeit, daß sie sich sagen können, wir haben es durch unsere Organisation so weit gebracht, daß wir uns wenigstens auch einigermassen als Menschen fühlen. Arbeiten die Kollegen unbedrossen weiter, dürften wir bei der nächsten Versammlung eine größere Zahl Kollegen beisammen sehen. S. P.

Behanntmachungen der Hauptverwaltung.

Das Mitliedsbuch Nr. 15 039 (Peter Mah-mullen) ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Zu Viegnitz und Königsbütte i. Zahl wurden neue Verwaltungsstellen gearrhndet.

Die Formulare für die Abrechnung vom 2. Quartal nebst einem Kandidaten sowie die Karten für die Arbeitslosenstatistik sind bereits in voriger Woche den Verwaltungen zugefandt worden. Wir eruchen, namentlich dieses Mal, bei der Einreichung der Abrechnungen und der Statistikarten die vorgeschriebenen Termine nicht zu überschreiten.

Die Verwaltungsstellen Apolda und Bromberg haben wegen Zeitmangel noch immer nicht für das 1. Quartal abrechnen können.

Der Vorstand.

Eingänge im Monat Mai 1909: Eintrittsgelder der Einzelmitglieder: Karten Nr. 7902, 7905, 8053. Sa. 1,50 Mk.

Table with columns: Buch-Nr., Mk., Buch-Nr., Mk., Buch-Nr., Mk. containing membership fee data for various individuals.

Einsendungen der Verwaltungsstellen: Offenbach 800,- Mk.

Mit kollegialem Gruß Fritz Münter, Hauptkassierer. Berlin SO. 10, Adalbertstr. 56.

Berichtigung.

Unter Leipzig, Versammlungsbericht in voriger Nummer, ist dem Schriftführer ein Verlum unterlaufen betr. die Branchenmitteilung. Es muß folgendermaßen heißen: 1. Meißnerartikelbranche, 2. Porzellan-, und 3. Gebläse-, Dreibriemen- und Wagenbranche.

Bücherschau.

Der Kampf des Münchener Konfektionärschichters und seine Bedeutung für die deutschen Arbeiter von Max Rax u. a. Preis 60 Pf. 64 Seiten broschiert. München bei G. Vief u. Co. m. b. S.

Manter, Die Krankenpflege im Hause. Seit 19 der Arbeitergesundheitsbibliothek. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis 20 Pf., in besserer Ausstattung 50 Pf.

Der Rote Savon und seine Rolle in der russischen Revolution. Erinnerungen und Einblicke von Leo Deutsch. Preis 50 Pf. Volksausgabe 25 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolportage sowie direkt vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Für die Agitation. Die Reichstagsrede des Genossen Dr. David zum Etat des Reichsanwalters ist als Sonderabdruck im Verlage der „Volkszeitung“, Mainz, erschienen. Der Preis ist, in Partien bezogen: 10 000 Exemplare 500 Mk., 1000 Exemplare 60 Mk., 100 Exemplare 7 Mk. Der Preis des Einzel Exemplars beträgt 15 Pf.

Die verschiedenen Formen des Wirtschaftslebens. Ein Vortrag, gehalten von Berliner Arbeitern von Eduard Bernstein, ist jetzt in dritter, durchgegebener Auflage erschienen. Die kleine Broschüre, die bei vielen Vortragsreisen den Parteigenossen empfohlen wird, ist eine sehr gute Einführung in das Wirtschaftsleben früherer Kulturepochen und deren Weiterentwicklung. Aus dem Inhalt hebt man hervor: Die Einteilung der Wirtschaftsförmern. — Die Wirtschaft der Krieger, der Aristokratismus. — Die Wirtschaft der Nomadenvölker. — Die Haus- und Dorfgenossenschaften. — Das Aufkommen der Stadt und der Verkehrswirtschaft. — Die Wirtschaft der alten Nationen. — Die Wirtschaft der Neuzeit. — Die Wirtschaft des aufkommenden Kapitalismus. — Die Wirtschaft des entwickelten Kapitalismus. — Die Wirtschaft der sozialistischen Wirtschaft. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis 50 Pf. Vereinsausgabe 20 Pf.

„Arbeiter-Jugend“. Die soeben erschienene Nr. 10 hat folgenden Inhalt: Das Arbeitsbuch. Ein verfehltes Zwangsmittel gegen minderjährige Arbeiter. — Reichsfinanzreform. Ein politisches Jugendgespräch zwischen einem Jungen und einem Alten. — Schiffsjungen gesucht! Von August Kreuzenthal. (Schluß). — Die Berliner Jugend in der Natur. (Mit Abbildung). — Das Werden im Weltall. Von Felix Linke. (Fortsetzung). — Die Jugendbildung auf sozialdemokratischen Parteitagen. II. Von Wilhelm Schröder. — Eine gewerkschaftliche Lehrlingsorganisation. Von P. Barthel. — Vom Kriegsschauplatz usw. — Beilage: Der blinde Passagier. Von Max Entz. (Schluß). — Sprachmischerhandnisse. — Ein Held des Alltags. Von Ernst Almsloh. — Aus dem Nachlaß von Wilhelm Busch.

Reichsfinanzreform. Ein politisches Jugendgespräch zwischen einem Jungen und einem Alten. — Schiffsjungen gesucht! Von August Kreuzenthal. (Schluß). — Die Berliner Jugend in der Natur. (Mit Abbildung). — Das Werden im Weltall. Von Felix Linke. (Fortsetzung). — Die Jugendbildung auf sozialdemokratischen Parteitagen. II. Von Wilhelm Schröder. — Eine gewerkschaftliche Lehrlingsorganisation. Von P. Barthel. — Vom Kriegsschauplatz usw. — Beilage: Der blinde Passagier. Von Max Entz. (Schluß). — Sprachmischerhandnisse. — Ein Held des Alltags. Von Ernst Almsloh. — Aus dem Nachlaß von Wilhelm Busch.

und portofrei vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

**Sterbetafel.**

Berlin. Rudolf Domröse, 43 Jahre alt, freiwillig aus dem Leben geschieden (Treibriemenbrand).

Ehre seinem Andenken!

**Adressenänderungen.**

Wagdeburg. R. U. und A. N. beim B. G. Althorn, Königgräber Straße 5. 12-1 und 6. S. von 12-1 Uhr.  
Köln. B. Jos. Striwanek, Raximinenstr. 6.  
Mannheim. R. Wilh. Bohland, Wirtelstr. 105. 11. R. U. beim K. Max Herbig, Medfeldstr. 34 IV. V. und H. F. 4. 8-9.

**ANZEIGEN**

Zentral-Franken- und Begräbniskasse der Sattler und Berufsgenossen Deutschlands, „Hoffnung“, E. H. 64, Berlin.

**Quartalsversammlung.**

Offen. Sonntag, den 4. Juli, vormittags 11 Uhr, bei Schmiering, Kopfabstr. Tagesordnung: 1. Massenbericht. 2. Wahl eines Kassiers, Schriftführers und Revisors. Der Vorstand.

**Ortsverwaltung Berlin.**

Sonntag, den 25. Juli 1909

**Gr. Sommerfest**

im Garten der Brauerei „Friedrichshain“, Am Königstor.

**Gr. Gartenkonzert**

ausgeführt von der 30 Mann starken Kapelle des „Berliner Sinfonie-Orchesters“ (Dirig. M. Fischer.)  
Gesangsvorträge des „Berliner Männerchor 1905“ (Mitglied des A.-S.-B.).

**Humoristische Vorträge des Berliner „Ulk-Trio“.**

Im hinteren Teil des Gartens für die Kinder **Kasperle-Theater**. :: :: Zum Fackelzug für die Kinder Stocklaternen gratis. :: Kinematograph.

Die Kaffeeküche ist von 3—6 Uhr geöffnet.

Von 5 Uhr ab im großen Saale **Canz.** Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. An der Kasse 30 Pf.  
Billet 25 Pf. Programm gratis. Anfang 4 Uhr.  
Eröffnung 3 Uhr.

Um zahlreichen Besuch bittet Das Komitee.

**Verband der Sattler Filiale Hamburg-Altona.**

Sonntag, den 27. Juni 1909

**Dampfertour nach Hove,**

Gasthof: Im Goldenen Adler (Zuh. Lühe) mit dem

Salondampfer „Estebriège“.

Nach Ankunft: Gemeinschaftlicher Kaffee. Preisregeln für Herren und sonstige Befestigungen für Damen und Kinder, sowie **TANZ**.

Abfahrt: präzise 1 Uhr von den St. Pauli-Landungsbrücken.

(In Altona wird nicht angelegt.)

Rückfahrt gegen 11 Uhr abends.

Herrenkarte 1 Mk. Damentarte 50 Pf. Kinder frei.

Da für gutes Wetter bestens gesorgt ist, erucht um rege Beteiligung

Das vergnügte Komitee.

**Sattler** auf Holzstoffer mit Blech- und Lederbeschlag, gute Vfordläge oder Stundenlohn 50 Pf., neuntägige Arbeitszeit, können eintreten. **H. Kahlow & Co., Bremen.**

**Sine Sattlerei**

mit guter Kundenschaft wegen dauernder Krankheit sofort zu verkaufen. Offerten unter **W. E. 180** an die Expedition dieses Blattes.

**An die verehrl. Ortsverwaltungen des Sattler- und Portefeuilier-Verbandes.**

Durch die Verschmelzung des Sattler- und Portefeuilier-Verbandes werden sich für die verschiedenen Ortsverwaltungen eine Anzahl von Druckarbeiten (wie Geschäftsordnungen, Statuten, Briefbogen, Kunderts usw.) notwendig machen. Aus diesem Anlaß gestatten wir uns, den Ortsverwaltungen unsere Druckerei, welche Parteieigentum ist und in welcher die demnächst eingehende Portefeuilierzeitung hergestellt wird, zur Anfertigung von Druckfachen aller Art bestens zu empfehlen.

Unsere Druckerei wurde durch Anschaffung von modernem Material und der neuesten Maschinen bedeutend vergrößert. Wir sind daher in der Lage, allen Anforderungen, die an eine geschmackvolle Druckfache gestellt werden, nachzukommen.

Promptester Lieferung in kurzer Zeit bei äußerster Preisberechnung dürfen Sie versichert sein.

Hochachtungsvoll

**Buchdruckerei des Offenbacher Abendblattes in Offenbach a. M.**

Gr. Marktstraße 23. Telephon 225

**Tüchtige Sattler**

zur Anfertigung von Coups- und Faltentoffer sofort gesucht. **Neuhaus & Rudolph**, Koffer- und Lederwarenfabrik, Dortmund, Auf dem Berge 26.

**Sin Tapezier- und Sattlereigeschäft**

ist für zirka 10000 Mk. in einer Provinzialstadt Brandenburgs zu verkaufen. Gest. Angebote erbeten unter **H. S. 33** an die Expedition dieser Zeitung.

**Georg Weihnachts Bierhaus, Grünfr. 21. H. Weib- Bayrisch- Kulmbacher Bier**

Zustelle der Zentral-Krankenkasse der Sattler und der Ortsverwaltung des Verbandes der Sattler. Zustalls der „Frohn Volkshaus“

**Uhren auf Teilzahlung**



Tausende beglaub. Anerkennungen. Katalog mit zirka 3000 Abbildungen umsonst u. portofrei. **Jonass & Co., Berlin SW. 463** Belle-Alliance-Strasse 3.

**Musikwaren und Sprechmaschinen auf Teilzahlung**



Tausende beglaub. Anerkennungen. Katalog mit zirka 3000 Abbildungen umsonst u. portofrei. **Jonass & Co., Berlin SW. 463** Belle-Alliance-Strasse 3.

**Photographische Apparate auf Teilzahlung**



Tausende beglaub. Anerkennungen. Katalog mit zirka 3000 Abbildungen umsonst u. portofrei. **Jonass & Co., Berlin SW. 463** Belle-Alliance-Strasse 3.